



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

5. Mai 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

es kommt mir so vor, als müsste ich in letzter Zeit den Brief aus Berlin jedes Mal mit einer neuen Katastrophennachricht einleiten... Heute ist es das **Erdbeben vom vorletzten Wochenende in Nepal** und dessen schreckliche Folgen. Vermutlich über 7.000 Tote, unzählige Obdachlose und zerstörte Existenzen. Und noch immer kennen wir nicht das ganze Ausmaß der Verwüstung, weil viele Regionen so schwer erreichbar sind. Ich unterstütze seit vielen Jahren eine **Initiative der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden**, die in Kontakt mit der Region um Banti-Bhandar in Nepal steht und Kindern durch Spenden ermöglicht, eine Schulbildung wahrzunehmen. Die Region ist vom Erdbeben stark getroffen und die Initiative bittet um Spenden. Mehr Informationen dazu gibt es im Kästchen auf Seite zwei dieses Newsletters.

In dieser Woche **jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 70. Mal**. Der Bundestag gedenkt an diesem Tag des unfassbaren Leids, das dieser Krieg verursachte, der 50 Millionen Menschen, die ihr Leben verloren, und der vielen Menschen, die er heimatlos machte.

Außerdem beschäftigen die mutmaßlichen Spähaktionen des US-Geheimdienstes in Zusammenarbeit mit dem BND in diesen Tagen das politische Berlin. Man kann die Frage nach der Verantwortung allerdings erst vernünftig beurteilen, wenn der Sachverhalt ganz aufgeklärt ist. Das hat jetzt Priorität. Am Donnerstag tagt wieder der **NSA-Untersuchungsausschuss**, der sich mit der Aufklärung des Komplexes NSA/BND beschäftigt.

Auch der Wahlkreis kommt nicht zu kurz: Meine **Bürgersprechstunde** ist nach wie vor gut besucht – der Termin am 12. Mai ist schon wieder ausgebucht. Die nächste Sprechstunde kommt aber bald und wird wie immer auf meiner Internetseite angekündigt. Und **kommenden Montag, 11. Mai, veranstalte ich um 19 Uhr im Karolinenaal eine Diskussionsrunde zum Thema TTIP** (Informationen [hier](#)). Ich würde mich freuen, wenn wir uns dort sehen!

Brigitte Zypries

+++ Diskussionsveranstaltung +++

Chancen und Risiken von TTIP & CETA

Die derzeit verhandelten transatlantischen Freihandelsabkommen (CETA/TTIP) mit den USA und Kanada werden in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert.

Ziel der beiden Abkommen ist es, bestehende Handelsbarrieren und Zölle abzubauen und gemeinsame Regeln und Standards im Handel einzuführen. Zusammen mit Frank Gotthard (Merck KGaA) möchte ich am

Montag, 11. Mai 2015, 19.00 Uhr,
im Karolinenaal Darmstadt,
Karolinenplatz 3, 64289 Darmstadt

über den aktuellen Verhandlungsstand von TTIP und CETA informieren und mit Ihnen diskutieren.

Anmeldung unter: 06151 / 360 50 78
oder per E-Mail an:
brigitte.zypries.wk@bundestag.de



Nepal-Erdbebenhilfe

Am 25. April erschütterte ein Erdbeben mit einer Stärke von 7,9 Nepal und seine Nachbarländer. Das Epizentrum des Erdbebens lag 60 km nordwestlich von Kathmandu; das Epizentrum des starken Nachbebens am Sonntag war nur 26km entfernt von Bamti-Bhandar. Das Nepalprojekt „Kinder von Bhandar e.V.“ der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden steht schon seit Jahren in Kontakt mit der Region um Bamti-Bhandar und ermöglicht Kindern durch Spenden, eine Schulausbildung wahrzunehmen.

Um den Menschen dieser Region zu helfen, ruft die Initiative zu Spenden auf:

Stiftung Childaid Network
 Verwendungszweck: Nepalprojekt
 „Kinder von Bhandar“ – Erdbeben
 Commerzbank Frankfurt
 BLZ: 500 400 00
 Kontonummer: 375 505 512
 IBAN: DE 63 500 400 00 0375 505 512
 BIC: COBADEFFXXX

Mehr Informationen [hier](#).

Im Mai 2015: 70 Jahre Kriegsende – 50 Jahre Beziehungen zu Israel

Am 8. Mai 1945 endeten der Zweite Weltkrieg und die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, alle Teile der Wehrmacht kapitulierten bedingungslos. **Den 70. Jahrestag des Kriegsendes begehen Bundestag und Bundesrat am Freitag gemeinsam mit einer Gedenkstunde** im Plenarsaal des Bundestags.

Bundestagspräsident Norbert Lammert leitet die Gedenkstunde ein und dann wird der Historiker **Heinrich August Winkler** die Gedenkrede halten. Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier redet anschließend und als Abschluss erklingt die Europahymne. Die Gedenkstunde wird ab 9 Uhr live im Parlamentsfernsehen und im Internet auf www.bundestag.de übertragen.

Vor dreißig Jahren hat der damalige Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** vor dem Bundestag eine Rede zum 40. Jahrestags des Kriegsendes gehalten und gesagt: „Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mussten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen. (...) **Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.**“

Dass wir von einem „Tag der Befreiung“ reden, ist heute ganz normal geworden. Das war allerdings nicht immer selbstverständlich, lange Zeit tat man sich in Deutschland schwer mit einer „Überschrift“ für dieses Datum, in dem mit der Kapitulation Niederlage und Befreiung zusammenfielen. Von Weizäckers Rede war der Wendepunkt in der Erinnerungskultur.

Am 12. Mai jährt sich übrigens die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel zum 50 Mal. Der damalige Bundeskanzler Adenauer war schon 1960 mit dem damaligen israelischen Staatspräsidenten Gurion zusammengetroffen, um über die Zukunft der Beziehungen beider Länder zu sprechen und nach komplizierten Verhandlungen haben die Regierungen von Israel und Deutschland am 12. Mai 1965 offiziell diplomatische Beziehungen begonnen.

Heute sind Beziehungen beider Länder sehr eng. Das gilt auch für die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen – Deutschland ist zum Beispiel der drittgrößte Handelspartner für Israel und jährlich nehmen über 9.000 Schülerinnen und Schüler beider Länder an Austauschprogrammen teil.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Bilder:
Daniel Becker*

Humanitäre Hilfe im Ausland und Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa

Menschlichkeit, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit müssen Grundsätze der humanitären Hilfe Deutschlands bleiben – genauso wie die klare Abgrenzung zwischen humanitärer Hilfe und militärischer Unterstützung. Am Donnerstagvormittag berät der Bundestag über den **Bericht der Bundesregierung zu humanitärer Hilfe im Ausland. Insgesamt wurden zwischen 2010 und 2013 rund 1,12 Milliarden Euro für humanitäre Hilfen ausgegeben.** Im Bericht heißt es, dass der Nahe Osten in den letzten Jahren besonders im Fokus stand: 275 Millionen Euro hat die Bundesregierung für humanitäre Hilfe in der Region ausgegeben, den größten Teil davon im Zusammenhang mit der Syrienkrise. Andere regionale Schwerpunkte lagen in Afrika und Asien.

Aber humanitäre Hilfe heißt nicht immer automatisch weite Ferne! Im Bericht kann man nachlesen, dass zwischen 2010 und 2013 auch rund 23 Millionen Euro in europäische Länder gingen – zum Beispiel als Hilfen nach Naturkatastrophen in den Ländern des Balkan oder für Minenräumprogramme in Bosnien und Herzegowina und in Kroatien.

Auch das **Thema Flüchtlingspolitik** beschäftigt diese Woche weiter Politik und Gesellschaft. „Jedem bei Verstand und der Fähigkeit zu Mitgefühl ist endgültig klar, dass wir in Europa nicht so weiter machen können, wie bisher“, hat Sigmar Gabriel gestern bei einer Pressekonferenz zur Flüchtlingspolitik gesagt. Und er hat recht. Es ist Teil unserer Verfassungsordnung, den vor Krieg und Verfolgung Schutzsuchenden Zuflucht zu gewähren. Außerdem gebietet das auch die reine Menschlichkeit.

Gerade Kommunen sind allerdings finanziell, sozial und logistisch enorm gefordert. **Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Bund sich dauerhaft und substanziell an den Kosten der Kommunen beteiligt**, die im Vergleich zu 2010 um rund 233 Prozent gestiegen sind. Es darf nicht sein, dass Städte, Gemeinden und Landkreise wegen internationaler Krisen ihre eigentlichen kommunalen Aufgaben aus Überlastung vernachlässigen müssen.

Das SPD-Präsidium hat gestern einen Beschluss zur Flüchtlingspolitik gefasst. Darin steht unter anderem, wie wir uns die Kostenbeteiligung des Bunds genau vorstellen. Man kann ihn [hier](#) nachlesen.